



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Sozial-, Jugend- und Sportausschuss
Sitzungsnummer	SJS/021/2014
Datum	Montag, den 27.01.2014
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	19:35 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Hans Litzinger	Ausschussvorsitzender	SPD
Sandra Ihne-Köneke	Stadtverordnete	SPD
Andrea Volk	Stadtverordnete	SPD
Kemal Yüksel	Stadtverordneter	SPD
Michael Hundertmark	Stadtverordneter	CDU
Dorothea Marx	Stadtverordnete	CDU
Petra Weiß	Stadtverordnete	CDU
Gudrun Borchers	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Andreas Viertelhausen	Stadtverordneter	FW
Thomas Schermuly	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Manfred Wagner	Bürgermeister
----------------	---------------

von der Verwaltung

Peter Matzke	Koordinationsbüro Dez. II
Wolfram Becker	Jugendamt
Wolfgang Böcher	Jugendamt
Wendelin Müller	Sportamt
Andreas Schäfer	Kämmerei
Dirk Fellert	Büro des Magistrats
Eckhard Nickig	Büro des Magistrats

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Gerner, als Schriftführer

außerdem war anwesend

Stv. Breidsprecher, CDU-Fraktion

AV Litzinger eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder befürworteten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 02.12.2013**
- 2 Haushalt 2014**
- 3 Konzeption zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
Vorlage: 1821/14 - I/397**
- 4 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"
a) Westend
b) Niedergirmes
- Sachstandsbericht -**
- 5 Verschiedenes**

Zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 02.12.2013

Mitteilungen

Sporthalle Münchholzhausen

Bgm. W a g n e r berichtete, dass die Untersuchungen des baulichen Schadens kurz vor dem Abschluss stünden. Es sei eine Vorlage geplant, in der die Sanierung als überplanmäßige Ausgabe vorgeschlagen werde, so dass die Notsituation im Laufe des Jahres 2014 behoben werden könne.

Fortschreibung Sportstättenentwicklungsplanung

Bgm. **W a g n e r** gab zur Kenntnis, dass die Sportstättenentwicklungsplanung mit einer Priorisierung der einzelnen Maßnahmen in der nächsten oder übernächsten Ausschussrunde behandelt werde.

Spielotheken/Spielsucht

Bgm. **W a g n e r** informierte über eine gemeinsame Veranstaltung mit den in Wetzlar tätigen Migrantenselbstorganisationen am 11.02.2014 im Nachbarschaftszentrum Niedergirmes.

Fortschreibung Sozialstrukturatlas

Bgm. **W a g n e r** teilte mit, dass der Sozialstrukturatlas in Vorbereitung sei und voraussichtlich in der nächsten Ausschussrunde vorgelegt werde.

Anfragen

WetzlarCard

Stve. **W e i ß** erkundigte sich, ob WetzlarCard-Inhaber einen Zuschuss zum Vereinsbeitrag in Sportvereinen beantragen können. Bgm. **W a g n e r** wies darauf hin, dass dies momentan nicht im Leistungsumfang der WetzlarCard eingeschlossen sei. Mit einem Verein würden aktuell Gespräche über einen vergünstigten Mitgliedsbeitrag für WetzlarCard-Inhaber geführt. Er nehme die Anregung gerne auf.

Niederschrift vom 02.12.2013

Stve. **I h n e - K ö n e k e** bat um folgende Änderung auf Seite 5 (1. Abs.) der Niederschrift:

„Stve. **I h n e - K ö n e k e** sagte, dass Randzeiten stets individuell abgedeckt werden können. Die Stadt könne hinsichtlich der Kita-Betreuungszeiten z. Zt. nicht auf alle Arbeitszeitmodelle eingehen.“

Die Niederschrift wurde ohne weitere Änderungen genehmigt.

Zu 2 Haushalt 2014

Haushaltsplan 2014

Zum Haushaltsplan ergaben sich keine Fragen.

Änderungsliste

100/3

Auf Frage des Stv. **Breidsprecher** führte Herr **Matzke** aus, dass die Veränderung des Ertragskontos „Zuschuss Land für Öffentlichkeitsarbeit“ (-2.700 €) aufgrund reduzierter Aufwandsmittel „Soziale Stadt“ erfolge.

100/4

Bgm. **Wagner** erläuterte, dass über die Änderungsliste der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.12.2013 (DRU 1750/13) umgesetzt werde. Die zusätzliche Aufwandsposition beinhalte 14.400 € aus den Erträgen der Metallresteverwertung des Krematoriums.

200/5

Stve. **Weiß** beurteilte die Höhe der Kosten für die Erstellung des Gesamtsanierungskonzeptes der Jugendherberge Wetzlar kritisch. Bgm. **Wagner** legte dar, dass ein Teil in Höhe von 87.500 € für die Fortsetzung dringend erforderlicher Brandschutzsanierungsmaßnahmen vorgesehen sei, 100.000 € erfordere die Erstellung eines Grundsanierungsgutachtens.

200/6

Stv. **Hundertmark** erkundigte sich, um welches Bad es sich handele. Bgm. **Wagner** gab zur Kenntnis, dass die Mittel im Hallenbad Europa für die Sanierung des Schwallwasserbehälters benötigt würden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über die Änderungsliste des Magistrats: 11.0.0

Haushaltsanträge

Antrag 103 - Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Stve. **Volk** begründete den Antrag. Mit diesen Mitteln solle insbesondere langzeitarbeitslosen Wetzlarern die Möglichkeit gegeben werden, Arbeitsgelegenheiten bei der Stadt Wetzlar wahrzunehmen. Sie könne sich viele Einsatzfelder vorstellen, z. B. im Bereich des Stadtbetriebsamtes.

Stv. **Breidsprecher** vertrat die Auffassung, dass ein gefährlicher Weg beschritten werde, wenn man in originäre Förderungsmaßnahmen des Bundes eintrete. Mit Blick auf die gute Arbeitsmarktlage sei die zusätzliche Mittelbereitstellung in Höhe von 20.000 € nicht notwendig. Die Stadt Wetzlar werde in der derzeitigen Haushaltssituation finanziell überfrachtet und sei unzuständig. Die CDU werde dem Vorhaben widersprechen.

Bgm. **W a g n e r** wies darauf hin, dass in der Stadt Wetzlar etwa 6.000 Menschen vom SGB II-Bezug leben. Nach der Instrumentenreform auf Bundesebene gebe es nicht mehr so viele AGH-Maßnahmen wie in der Vergangenheit, es mangle an Qualifizierung und sozialpädagogischer Begleitung der Menschen. Unterstützende Maßnahmen seien Teil von sozialer Verantwortung für die Stadt, so Bgm. **W a g n e r**.

Abstimmung: 7.4.0

Antrag 106 - Offene Seniorenarbeit

Stv. **H u n d e r t m a r k** sah mit Blick auf Wetzlars Verschuldung ein Missverhältnis zwischen dem Aufwand von 8.500 € für die „Einkaufslinie“ Naunheim und der geringen Nutzung von wöchentlich ca. 10 Personen. Er sei der Auffassung, dass die Menschen ihre Angelegenheiten selbstverantwortlich regeln können. Dies werde bereits in anderen Stadtteilen in unterschiedlicher Weise praktiziert. Die CDU-Fraktion beantrage daher, den Betrag ersatzlos zu streichen.

Stve. **V o l k** wies darauf hin, dass zu einem eigenverantwortlichen Leben auch die Kontaktpflege gehöre. Der Bürgerbus diene nicht nur der Erledigung von Einkäufen und sei ein wichtiges Angebot, das die SPD-Fraktion erhalten wolle. Stv. **B r e i d s p r e c h e r** bewertete das Angebot als „Aberwitz und auf primitivste Art Kauf von Wohlgefallen“.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 107 - Soziale Leistungen

Stve. **W e i ß** währte eine mögliche Stigmatisierung der WetzlarCard-Inhaber. Darüber hinaus werde der größte Teil dieses Etats für Busfahrkarten verausgabt, was nicht gut heißen werden könne, da die Ziele in Wetzlar recht gut fußläufig zu erreichen seien. Sie favorisiere weiterhin die Einführung einer „echten“ WetzlarCard, die für alle Einwohner und Touristen offen sei.

Bgm. **W a g n e r** teilte auf Frage des Stv. **S c h e r m u l y** mit, dass ca. 1.750 - 1.800 Personen bisher von der WetzlarCard Gebrauch gemacht hätten. Gemäß der Richtlinien folge ein Bericht halbjährlich im Sozialausschuss.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 108 - Politisch-kulturelle Jugendbildung

Stv. **H u n d e r t m a r k** bedauerte die Kürzung um 2.500 €, da die fehlenden Mittel aus Sicht der jüngeren Kommunalpolitiker die Bewerbung des kommunalpolitischen Engagements verbauen würden. Es sollten weiterhin 5.000 € im Haushalt eingestellt bleiben.

Bgm. **W a g n e r** stellte klar, dass die RPJ-Mittel für die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen der Jugendorganisationen demokratischer Parteien vorgesehen seien.

Die Verwendungsnachweise aus den zurückliegenden Jahren hätten nicht darauf hingedeutet, dass es gemeinsame Aktivitäten gegeben habe. Ein Gespräch mit den Jugendorganisationen finde Ende Januar 2014 statt. Bei einer Verständigung sei eine überplanmäßige Ausgabe oder eine Änderung des Haushaltsansatzes zum Nachtrag 2014 nicht ausgeschlossen.

Abstimmung: 3.7.1

Anträge 109/201 - Kita Münchholzhausen

Stv. **H u n d e r t m a r k** erkundigte sich nach der Notwendigkeit aus fachlicher Sicht und fragte, warum das Vorhaben nicht bei Umbaumaßnahmen berücksichtigt worden sei. Herr **B e c k e r** informierte über die örtlichen Verhältnisse an der Kita Münchholzhausen.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** beurteilte die Angelegenheit als klassisches Verwaltungshandeln. Man sei der Überzeugung gewesen, dass die Maßnahmen für den Betrieb der Einrichtung nicht notwendig seien, erklärte Bgm. **W a g n e r**. Dies habe der Ortsbeirat Münchholzhausen ggf. anders gesehen. Er sehe einen Sachzusammenhang mit einem weiteren Antrag des Ortsbeirates Münchholzhausen vom 17.01.2014, der den Erwerb angrenzender Grundstücksflächen für die Kindertagesstätte und die Einstellung von Haushaltsmitteln zum Nachtrag 2014 beinhalte. Er schlage vor, die Situation der Kita Münchholzhausen in ihrer Gesamtheit fachlich prüfen zu lassen. Hierüber bestand Einvernehmen im Sozialausschuss.

Abstimmung 109: 0.8.3

Abstimmung 201: 0.8.3

Antrag 202 - Städtische Kindertageseinrichtungen

Bgm. **W a g n e r** wies darauf hin, dass im Stadtquartier Dalheim eine Unterversorgung an Kita-Plätzen vorliege. Aufgrund der mangelnden Bausubstanz und der energetischen Situation bestehe an der städtischen Einrichtung Handlungsbedarf. Momentan würden Gespräche mit heimischen Unternehmen über die mögliche Errichtung von Betriebs-Kitas geführt. Nach Vorliegen von Ergebnissen werde berichtet und eine Konzeption erstellt, über die die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden habe. Er bitte darum, die Planungsmittel nicht mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmung: 1.10.0

Abstimmung über den Haushaltsplanentwurf: 8.0.3

Zu 3 Konzeption zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
Vorlage: 1821/14 - I/397

Stv. **H u n d e r t m a r k** begründete den Antrag. Die Konzeption solle einerseits darlegen, wo die Stadt dezentrale Unterbringungen plane, sofern sie vom Lahn-Dill-Kreis dazu beauftragt werde. Darüber hinaus interessiere er sich zu erfahren, welche Unterbringungsmöglichkeiten dem Kreis bisher aufgezeigt worden seien. Man wolle längerfristig mit dem Thema umgehen können und nicht von einem großen Zeltlager des THW überrascht werden.

Stve. **I h n e - K ö n e k e** schloss ein genaues Konzept aus. Größere Flüchtlingsströme seien aufgrund internationaler Entwicklungen unvorhersehbar.

Bgm. **W a g n e r** wies darauf hin, dass seine Ausführungen alle Informationen zur gewünschten Konzeption enthalten. Er werde den Bericht zu Protokoll geben (siehe Anlage zur Niederschrift).

Abstimmung: 4.6.0

Zu 4 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"
a) Westend
b) Niedergirmes
- Sachstandsbericht -

Herr **M a t z k e** teilte mit, dass es seit der letzten Sitzung des Sozialausschusses nichts Neues aus den Quartieren der „Sozialen Stadt“ Niedergirmes und Westend zu berichten gebe. Er habe im Sozialausschuss einen Abschlussflyer verteilt.

Bgm. **W a g n e r** beantwortete die Frage der Stve. **W e i ß** nach der zukünftigen Nutzung des Baufeldes „Königsberger Diakonie“. Es habe sich angedeutet, dass das Engagement der Diakonie dort beendet sei. Die weitere Verwendung dieser Fläche werde den Aufsichtsrat der Stadtentwicklungsgesellschaft in seiner nächsten Runde beschäftigen.

Zu 5 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV **L i t z i n g e r** schloss die 21. Sitzung des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

L i t z i n g e r

G e r n e r